

Nicola Brandt, Robert Grundke, Martin Borowiecki

Klimapolitik für ein wettbewerbsfähiges Europa

Die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft erfordert erhebliche Investitionen, bietet aber gleichzeitig große Chancen für Innovationen und neue Märkte. Die EU hat sich verbindliche Klimaziele gesetzt – trotz bereits erzielter Fortschritte besteht noch erheblicher Handlungsbedarf, besonders in Verkehrs- und Gebäudesektor. Der entscheidende Hebel ist ein kluger Politikmix aus CO₂-Bepreisung, gezielter Förderung grüner Technologien und verlässlichen Regeln, die Klimaschutz und Wirtschaftswachstum gleichzeitig voranbringen. Damit die steigenden CO₂-Preise im Verkehrs- und Gebäudesektor nicht vor allem ärmere Haushalte treffen, muss die Politik die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung gezielt für sozialen Ausgleich einsetzen. Günstigerer Strom ist zudem entscheidend, damit die Industrie wettbewerbsfähig bleibt. Darüber hinaus braucht es stärkere öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um Beschäftigte beim Übergang in zukunftsfähige Berufe zu unterstützen.

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, erfordert die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft umfangreiche Investitionen, sie birgt aber gleichzeitig auch vielfältige wirtschaftliche Chancen. Die Eindämmung von Extremwetterereignissen vermeidet wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden, die um ein Vielfaches höher sind als die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Innovationen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft (OECD, 2023a). Diese Investitionen frühzeitig zu tätigen, kann zusammen mit kluger und verlässlicher Regulierung, Technologieführerschaft und das Erschließen neuer Märkte ermöglichen. Die beeindruckenden Innovationen und Marktentwicklung bei klimafreundlichen Energietechnologien und der E-Mobilität zeigen, welche Chancen in der Dekarbonisierung der europäischen Industrie liegen. Aus gutem Grund hat sich die EU daher ambitionierte Ziele gesetzt: eine rechtlich verbindliche Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 gegenüber 1990 und vollständige Klimaneutralität bis 2050.

Zur Erreichung dieser Ziele sind deutliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich (Abbildung 1). Das bedeutet nicht nur umfangreiche Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Innovationen (Andersson et al., 2025;

IEA, 2026), sondern auch Reformen, die die Integration erneuerbarer Energien in die europäischen Strommärkte ebenso erleichtern wie die Gründung und das Wachstum innovativer Unternehmen. Langfristig stärkt beides die Entwicklung neuer Technologien, Produktivität und Wachstum in Europa und reduziert die Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe, die hohen Preisschwankungen unterliegen können, wie die aktuelle Entwicklung im Zuge des Irankriegs erneut schmerzhaft zeigen. Dafür hat sich die EU den Clean Industrial Deal und den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit gegeben.

Wie ein kluger Politikmix aussehen könnte, der ambitionierte Klimapolitik einsetzt, um Innovationen und eine

Dr. Nicola Brandt leitet das Berlin Centre für die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).

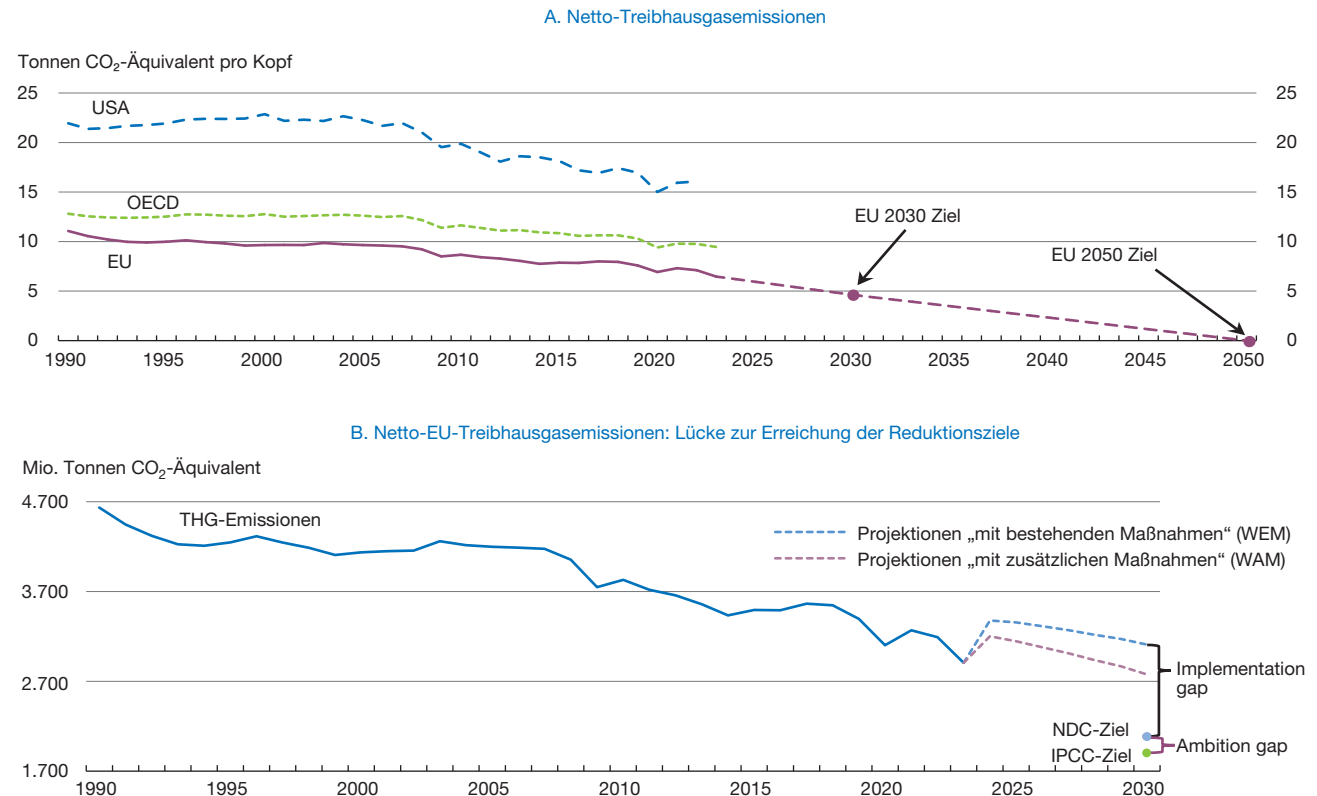
Dr. Robert Grundke ist Senior Economist am Economics Department der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) in Paris.

Martin Borowiecki ist Economist am Economics Department der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) in Paris.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Abbildung 1

Die Treibhausgasemissionen müssen schneller reduziert werden

Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) schließen jene aus dem Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) mit ein. In Panel B beziehen sich die Projektionen „mit bestehenden Maßnahmen“ (WEM) auf die EU-Politik von 2019.

Quellen: Eurostat; OECD-Umweltdatenbank; OECD-Bevölkerungsdatenbank; Europäische Umweltagentur; IPCC (2022), Vereinte Nationen (2022); Berechnungen der OECD.

starke Wirtschaftsentwicklung in Europa zu ermöglichen, diskutiert dieser Artikel auf Basis aktueller OECD-Studien und anderer ökonomischer Analysen. Dabei geht es auch um einen Übergang, der Verteilungsgerechtigkeit sicherstellt und Beschäftigten die Anpassung an neue Wirtschafts- und Arbeitsmarktverhältnisse erleichtert. Neben der EU-weiten Politik liegt ein Schwerpunkt auf Deutschland als der größten EU-Volkswirtschaft.

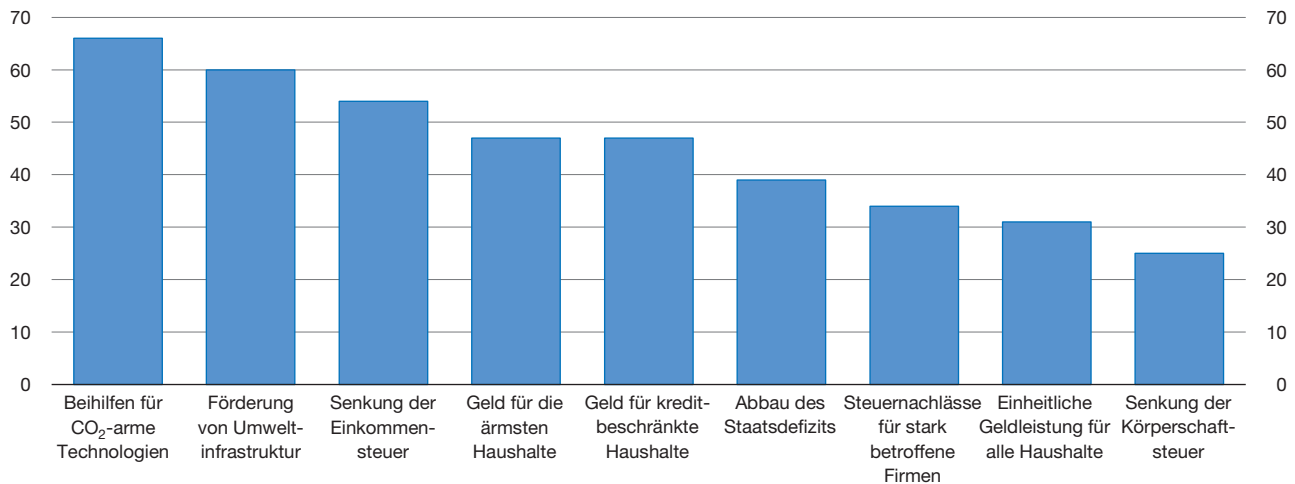
Erfolge und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität

Auf dem Weg zur Klimaneutralität hat Europa einiges erreicht. Die EU-Staaten haben ihre Treibhausgasemissionen bis 2024 um über 37 % gegenüber 1990 gesenkt und damit vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entkoppelt, das im gleichen Zeitraum um 71 % gestiegen ist (Europäische Kommission, 2025). Insbesondere in der Landwirtschaft, im Gebäudesektor und der Mobilität sind

jedoch raschere Fortschritte notwendig, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen.

Der Blick auf Deutschland illustriert diese Entwicklungen sehr deutlich. Im Jahr 2025 lagen die Emissionen mit 640 Mio. Tonnen CO_2 -Äquivalenten 1,5 % unter denen des Vorjahres (Agora Energiewende, 2026). Erneuerbare Energien deckten über 55 % des Stromverbrauchs und der Photovoltaik-Zubau erreichte mit 17,5 Gigawatt Rekordniveau. Dahingegen verfehlte der Verkehrssektor sein Emissionsreduktionsziel zum fünften Mal in Folge, mit Emissionen von 145 Mio. Tonnen gegenüber einem Zielwert von 117 Mio. Tonnen. Der Rückgang der Industrieemissionen um 7,2 % war primär Ergebnis einer schwachen Konjunktur (Agora Energiewende, 2026) – eine schmerzhaftes Illustration, dass eine starke Industrie und Emissionseinsparungen nicht zwingend Hand in Hand gehen. Die Lücke zum Klimaschutzziel 2030 bleibt beträchtlich: Ab 2026 müssten jährlich durchschnittlich 36

Abbildung 2

Der Rückhalt für die CO₂-Bepreisung hängt stark von der Verwendung der Einnahmen abAnteil der Befragten, die bestimmte Maßnahmen (und CO₂-Bepreisung) eher oder stark befürworten, in %

Quelle: Dechezleprêtre et al. (2022).

Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden – viermal so viel wie 2025 (Agora Energiewende, 2026).

Die Hebel für effektiven Klimaschutz sind bekannt: CO₂-Bepreisung bleibt der vielleicht wichtigste Eckpfeiler, denn das Instrument ist transparent, technologie-neutral und hilft Haushalten wie Unternehmen die kosteneffizientesten Lösungen finden. Gleichzeitig schafft sie Anreize für Innovationen. Studien zeigen, dass Länder mit höheren CO₂-Preisen deutlich höhere Investitionen in emissionsarme Technologien verzeichnen (Berestycki et al., 2022). Zu einer effizienten Politik gehört es, die CO₂-Preise über Sektoren hinweg zu harmonisieren und für einen berechenbaren Anstieg zu sorgen, an den sich Haushalte und Unternehmen anpassen können. Wichtig ist auch der Abbau von Subventionen und Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe, um keine kostspieligen und widersprüchlichen Signale zu senden (OECD, 2023a; 2023b).

Zudem sind flankierende Maßnahmen wichtig für eine wirkungsvolle und kosteneffiziente Klimapolitik. Dazu gehören gut gestaltete sektorale Regulierungen, die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und Heizungstausch im Gebäudesektor, ebenso wie Forschung und Entwicklung im Bereich grüner Technologien. Wichtig ist zudem der Ausbau einer nachhaltigen Verkehrs- und Strominfrastruktur. Das erfordert auch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hier ist Deutschland in den vergangenen Jahren gut vorangekommen, etwa durch

die Einordnung verschiedener Energieinfrastrukturvorhaben als von überragendem öffentlichem Interesse. Die geplante Verwaltungsvereinfachung und -digitalisierung orchestriert durch das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung lässt auf weitere Fortschritte hoffen.

Zielkonflikte beherrschen: Der Politikmix macht's

Entscheidend für die makroökonomischen Auswirkungen höherer CO₂-Preise ist der Politikmix. Eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds zeigt, dass eine Kombination von CO₂-Bepreisung, Senkungen von Steuern und Abgaben auf Arbeit und Subventionen für emissionsarme Technologien in Industrie, Verkehr und Wohnen komplementär wirken: CO₂-Preise setzen Anreize für klimaschonendes Wirtschaften und Investieren, erhöhen jedoch die Energiepreise und Inflation und dämpfen das Wirtschaftswachstum. Zielgerichtete Subventionen von grünen Technologien haben gegenläufige Effekte auf Energiepreise, Gesamtinvestitionen und Wachstum (Carton et al., 2026). In Kombination sind die Wirkungen klimafreundlich und weitgehend wachstumsneutral. Die Verwendung von CO₂-Preis-Einnahmen für Subventionen für emissionsarme Technologien, klimafreundliche Infrastruktur und Einkommensteuersenkungen erhöht zudem die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung (Abbildung 2).

Eine OECD-Modellierung für die deutsche Volkswirtschaft analysiert existierende Zielkonflikte in der grünen

Transformation im Hinblick auf makroökonomische Effizienz, die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Industrien sowie die Verteilungswirkungen. Die Einhaltung der EU-Klimaziele senkt zwar Bruttoinlandsprodukt und verfügbare Einkommen gegenüber einem Szenario mit laxerer Klimapolitik, das Ausmaß, die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industrien sowie die Verteilungswirkungen hängen aber stark von der konkreten Ausgestaltung des Politikmixes ab (Bickmann et al., 2025). Die Rückführung von CO₂-Preiseinnahmen als pauschale Transfers an Haushalte mindert die Belastung einkommensschwacher Haushalte erheblich. Werden CO₂-Preiseinnahmen dagegen zur Subventionierung erneuerbarer Stromerzeugung verwendet, führt das zu sinkenden Strompreisen und hilft damit emissionsintensiven Industrien bei der Anpassung, um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Diese Politik führt allerdings zu höheren makroökonomischen Kosten bei geringerer Abfederung der Belastungen für einkommensschwache Haushalte. Ein einheitlicher CO₂-Preis würde die makroökonomische Effizienz signifikant erhöhen, könnte allerdings die Wettbewerbsfähigkeit einiger energieintensiver Industrien einschränken, da die erhöhte Nachfrage nach Emissionszertifikaten aus den Nicht-ETS Sektoren zu einem höheren CO₂-Preis führt.

Empirisch sind die Risiken von Carbon Leakage – Verlagerung von (CO₂-intensiver) Produktion und deren Emissionen ins Ausland – insgesamt überschaubar. In 50 % der Sektoren in verschiedenen EU-Ländern liegen sie bei unter 3 % der inländischen Emissionen (Hemmerlé et al., 2025), auch wenn der Wert in einigen Fällen deutlich darüber liegt. Der inzwischen eingeführte EU-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) kann diese Verlagerungen wirksam eindämmen, wie Studien zeigen (Dechezleprêtre et al., 2025). Die EU-Kommission arbeitet zudem an Lösungen für nachgelagerte Industrien, die mit CBAM-pflichtigen importierten Vorleistungen arbeiten und auf die deshalb höhere Kosten zukommen könnten.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind ein entscheidender Hebel, um Dekarbonisierung und die Erschließung neuer Technologien und Märkte gleichzeitig zu fördern. Die Entwicklung bei klimafreundlichen Energietechnologien zeigt eindrucksvoll, was dabei möglich ist. Die globalen Märkte für klimafreundliche Energietechnologien wachsen seit 2015 um durchschnittlich 20 % jährlich und haben 2025 ein Volumen von 1,2 Billionen Dollar erreicht (IEA, 2026). Die Erzeugung von Strom durch Photovoltaik war 2010 noch viermal teurer als fossile Alternativen und ist heute 56 % günstiger. Auch Onshore-Wind ist heute wettbewerbsfähig (OECD, 2025b) und die globale Elektrofahrzeugflotte wächst weiter dynamisch.

Die industrielle Dekarbonisierung ist der nächste große Innovationssprung, bei dem Europa mit einer guten Politik vorne dabei sein kann.

Wichtig ist dabei ein sicherer Regulierungsrahmen. Häufige Kurswechsel bei Regulierung und Förderung hemmen private Investitionen in Forschung und Entwicklung (Berestycki et al., 2022). In Deutschland sind öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung beispielsweise im Energiesektor ausbaufähig. Eine schrittweise Rückführung der Subventionen für bereits wettbewerbsfähige erneuerbare Energien zugunsten stärkerer öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung und den Einsatz von nahezu emissionsfreien Industrietechnologien, die die Marktreife noch erlangen müssen, könnten den klimapolitischen Politikmix in Deutschland und Europa effektiver machen (OECD, 2023a; 2023b).

Innovationen und Wachstum im Bereich grüner Technologien erfordern auch mehr Finanzierungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen. Wichtig dafür sind rasche Fortschritte bei der Umsetzung der europäischen Spar- und Investitionsunion, um privates Kapital zu mobilisieren und Zugang zu Risikokapital zu vereinfachen. Ein effektiver gemeinsamer Markt erfordert einfachere und stärker harmonisierte Regulierung auf Produkt-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten und ein einheitliches EU-Gesellschaftsrecht (28. Regime) (OECD, 2025a). Internationale Energie- und Rohstoffpartnerschaften können diese Politik ergänzen und Zugang zu kritischen Rohstoffen erleichtern (OECD, 2025b, c).

Dekarbonisierung des Strommarktes – komplex, aber machbar

Während ein weiterer Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind und Solar langfristig Stromkosten und die Abhängigkeit von Energieimporten mit hohen Preisschwankungen senken kann, sind die Übergangskosten beträchtlich. Wind- und Solaranlagen können Strom mit Grenzkosten von nahezu Null produzieren. Zunächst sind aber erhebliche Investitionen in den Ausbau der Produktionskapazitäten, des Stromnetzes und in Flexibilitätsmechanismen notwendig.

Bislang bleiben die Strompreise in vielen EU-Ländern im internationalen Vergleich hoch, insbesondere für die energieintensive Industrie. Das liegt auch daran, dass Steuern, Abgaben und Netzentgelte in manchen Mitgliedstaaten mehr als die Hälfte des Preises ausmachen. Steuern auf Elektrizität sind in vielen Mitgliedsländern höher als auf fossile Brennstoffe, die häufig von Steuererleichterungen profitieren. Das senkt die Anreize zur Elektrifizierung (OECD, 2025a).

Deutschland hat die Stromsteuer für energieintensive Industrien gesenkt, und Übertragungsnetzbetreiber bekommen Zuschüsse, um Netzentgelte zu senken. Seit 2025 werden zudem die Kosten der Netzintegration erneuerbarer Energien landesweit gleichmäßiger verteilt. Das soll bewirken, dass höhere Netzentgelte nicht weiter gerade dort Strompreise erhöhen und damit die Nachfrage hemmen, wo reichlich erneuerbare Energie vorhanden ist. Allerdings steht die Senkung der Stromsteuer für Verbraucher, die ein weiterer wichtiger Anreiz zur Elektrifizierung wäre, noch unter Haushaltsvorbehalt. Regional und zeitlich differenzierte Strompreise und Netzentgelte könnten Kapazitätsengpässe besser berücksichtigen und Angebot und Nachfrage zu erheblich geringeren Systemkosten in Einklang zu bringen. Während die Bundesnetzagentur an zeitlich differenzierten Netzentgelten arbeitet, sind regional differenzierte Strompreissignale derzeit nicht geplant.

Ein Stromsystem mit einem hohen Anteil an Produktion aus erneuerbaren Energien erfordert umfangreiche Investitionen in Netze und Flexibilitätsmechanismen. Dazu gehören Batteriespeicher, flexible Nachfrage durch Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge, möglichst mit bidirektionalem Laden, der Ausbau der Übertragungsnetze und bessere Preissignale. Dynamische Stromtarife statt Festpreisverträge können Verbrauchern und Aggregatoren Anreize geben, ihre Nachfrage an die Systemerfordernisse anzupassen (Winzer et al., 2024). In Deutschland verfügen anders als in Schweden, Finnland und Estland bislang nur wenige Haushalte über intelligente Stromzähler (Smart Meter). Innovationen auf Basis von künstlicher Intelligenz bieten viel Potenzial, Nachfrage und Angebot im Stromnetz effizienter und kostengünstiger in Einklang zu bringen und gleichzeitig den Wettbewerb zu stärken.

Besser integrierte europäische Stromnetze würden den Ausgleich von Angebot und Nachfrage erleichtern und billiger machen. Der Ausbau grenzüberschreitender Interkonnektoren bleibt hinter dem Bedarf zurück, was dazu führt, dass Überschüsse an erneuerbarer Energie in einem Land nicht effizient in Nachbarländer fließen können. Die Beauftragung der EU-Energieagentur ACER mit der Auswahl und Priorisierung von Interkonnektorprojekten auf Basis europaweiter Kosten-Nutzen-Analysen könnte hier Abhilfe schaffen (OECD, 2025a). Zusätzliche Mittel für die Connecting-Europe-Fazilität, die bereits einige grenzüberschreitende Ausbauprojekte finanziert hat, könnte ebenfalls helfen. Ein flexibles, stärker integriertes europäisches Stromsystem hat dabei nicht nur eine kostensenkende Wirkung. Es schafft auch neue Märkte für innovative Technologien – von Großbatterien über Smart Grids bis zu grünem Wasserstoff.

Arbeitsmarktanpassungen sozialverträglich gestalten

Der Übergang zur Klimaneutralität wird auch zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen. In Deutschland arbeiten mehr als 20 % der Beschäftigten in Berufen, die zur Klimatransformation beitragen und künftig stark wachsen sollten – mehr als im OECD-Schnitt. Etwas weniger als 5 % sind in emissionsintensiven Industrien tätig, welche im Zuge der grünen Transformation eventuell weiter Beschäftigung abbauen werden (OECD, 2024). Eine OECD-Studie hat für Deutschland gezeigt, dass die Anpassungskosten für Arbeiter, die ihren Job in emissionsintensiven Industrien verlieren, höher sind als in anderen Wirtschaftssektoren (Barreto et al., 2023). Dies liegt vor allem an der starken regionalen Konzentration dieser Industrien, besonders hohen Löhnen, sowie sehr spezifischen Kompetenzen der Arbeiter, welche nicht ohne weiteres in andere Jobs transferierbar sind. Besondere Unterstützung ist deshalb bei einem Übergang zu neuen Jobs notwendig. Hierfür gibt es in Deutschland bereits gut funktionierende Instrumente wie Transfergesellschaften, die Arbeitsvermittlung und Requalifizierung bei größeren Restrukturierungen anbieten. Die Ausweitung dieser Arbeitsmarktprogramme – mit erweitertem Fokus auf berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Mobilitätszuschüsse – kann die Anpassungskosten für betroffene Beschäftigte in Deutschland und anderen europäischen Ländern mindern.

Schlussfolgerungen

Die europäische Klimapolitik bietet viele Chancen, Innovationen zu fördern, neue Märkte zu erschließen und damit auch die gegenwärtige Produktivitätsschwäche zu überwinden. Die Kombination aus CO₂-Bepreisung, gezielten Subventionen für Forschung und Entwicklung sowie komplementärer Regulierung macht die makroökonomischen Konsequenzen gut beherschbar. Entscheidend ist dabei, die Verteilungswirkungen im Blick zu behalten und betroffene Haushalte und Arbeitnehmer gezielt zu unterstützen. Für Unternehmen und Investoren kommt es auf Planungssicherheit an. Innovationsprojekte und Investitionsentscheidungen mit Zeithorizonten von zehn bis zwanzig Jahren brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Vier Handlungsfelder verdienen besondere Aufmerksamkeit: *Erstens* sollte die CO₂-Bepreisung gestärkt werden, auch durch eine einheitlichere Besteuerung von CO₂-Emissionen über alle Sektoren hinweg. Die erwarteten Einnahmen aus dem Emissionshandel bieten fiskalischen Spielraum für Forschungsförderung und sozialen Ausgleich. *Zweitens* sollte die europäische Strommarktintegration vorangetrieben werden. Niedrigere und stabilere

Strompreise sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Elektrifizierung gleichermaßen essenziell. *Drittens* sollte die öffentliche Förderung stärker auf Forschung und Entwicklung sowie auf Technologien ausgerichtet werden, die noch nicht marktreif sind. *Viertens* braucht es eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigte durch Aus- und Weiterbildung und gezielte Weitervermittlung beim Wechsel in zukunftsfähige Berufe unterstützt.

Es geht darum, Investitionen in Energie- und Verkehrsinfrastruktur, Industrieanlagen und Gebäude, von denen ein Großteil ohnehin anfällt, durch kluge Preisanreize und Regulierung auf klimaneutrale Lösungen zu lenken. Wer heute richtig investiert, senkt die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten, schafft Märkte für innovative Technologien und stärkt die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit Europas. Klimapolitik und wirtschaftliche Entwicklung erfordern eine Politik, die beides konsequent und mit langem Atem verfolgt.

Literatur

- Agora Energiewende. (2026). *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2025. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen 2025 sowie Ausblick auf 2026*.
- Andersson, M., Köhler-Ulrich, P. & Nerlich, C. (2025). Green Investment Needs in the EU and Their Funding. *ECB Economic Bulletin*, 1/2025. European Central Bank.
- Barreto, C., Grundke, R. & Krill, Z. (2023). The cost of job loss in carbon-intensive sectors: Evidence from Germany. *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1774, OECD Publishing, Paris.
- Berestycki, C., Carattini, S., Dechezleprêtre, A. & Kruse, T. (2022). Measuring and assessing the effects of climate policy uncertainty. *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1724. OECD Publishing.
- Bickmann, M., Böhringer, C., Grundke, R. & Rutherford, T. (2025). Is Germany Fit for Fit55 in Its Climate Policy Design? Addressing Competitiveness, Efficiency and Equity Concerns. *OECD Economics Department Working Papers*, Nr. 1840.
- Carton, B., Dolphin, G., Duval, R., Hodge, A., Kara, A., Voigts, S. & Wende, S. (2026). The EU's Energy Transition: Investment Impact and Role of Carbon Pricing Revenue Recycling. *IMF Working Paper*, WP/26/46.
- Dechezleprêtre, A., Fabre, A., Kruse, T., Planterose, B., Sanchez, Chico, A. & Stantcheva, S. (2022). Fighting climate change: International attitudes toward climate policies. *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1714. OECD Publishing.
- Dechezleprêtre, A., Haramboure, A., Kögel, C., Lalanne, G. & Yamano, N. (2025). Carbon Border Adjustments: The Potential Effects of the EU CBAM Along the Supply Chain. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, 2025/02.
- Europäische Kommission. (2025). *EU Climate Action Progress Report 2025*.
- Hemmerlé, Y., Kruse, T. & Pisu, M. (2025). How Different Climate Policies Affect Carbon Leakage Through Trade. *OECD Economics Department Working Papers*, Nr. 1851.
- IEA – International Energy Agency. (2026). *Energy Technology Perspectives 2026*.
- OECD. (2023a). *OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2023*. OECD Publishing.
- OECD. (2023b). *OECD Economic Surveys: European Union and Euro Area 2023*. OECD Publishing.
- OECD. (2024). *OECD Employment Outlook 2024: The Net-Zero Transition and the Labour Market*. OECD Publishing.
- OECD. (2025a). *OECD Economic Surveys: European Union and Euro Area 2025*. OECD Publishing.
- OECD. (2025b). *Measuring Science and Innovation for Sustainable Growth*. OECD Publishing.
- OECD. (2025c). Harnessing trade and environmental policies to accelerate the green transition. *OECD Net Zero+ Policy Papers*, Nr. 5. OECD Publishing.
- Winzer, C., Ramírez-Molina, H., Hirth, L. & Schlecht, I. (2024). Profile Contracts for Electricity Retail Customers. *Energy Policy*, 195, 103781.

Title: Climate policy for a competitive Europe

Abstract: Decarbonising the European economy requires substantial investment, but at the same time offers great opportunities for innovation and new markets. The EU has set itself binding climate targets – yet despite the progress already made, there is still a significant need for action, particularly in the transport and buildings sectors. The key lever is a smart policy mix of carbon pricing, targeted support for green technologies and reliable rules that advance both climate protection and economic growth. To ensure that rising energy costs do not primarily affect poorer households, policymakers must use the revenue from carbon pricing specifically for social compensation. Cheaper electricity is also crucial to ensure that industry remains competitive. Furthermore, greater public investment in research and development is needed, as well as an active labour market policy to support workers in transitioning to future-proof careers.